

Unabhängiger Monitoringausschuss
zur Umsetzung der UN-Konvention über die
Rechte von Menschen mit Behinderungen
MonitoringAusschuss.at

**ÖAR 1010 Wien, Stubenring 2,
13.01.2010 13:00 bis 16:00 Uhr**

Vorsitz: Marianne Schulze

Mitglieder des Ausschusses:

VertreterInnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Christina Meierschitz
Marianne Schulze
Silvia Weissenberg
Anthony Williams

VertreterIn aus dem Bereich der Menschenrechte:

Karl Garnitschnig

VertreterIn aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:
entschuldigt

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

VertreterInnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Martin Ladstätter
Heinz Trompisch

VertreterIn aus der wissenschaftlichen Lehre:
entschuldigt

BMASK: Sabine Wagner
Wolfgang Iser

Resümeeprotokoll

Tagesordnung liegt vor. Weiters Entwurf einer Stellungnahme zur Beschäftigungstherapie sowie Unterlagen zu den Fällen 7 bis 9.

1. Protokoll

Es gibt keine grundsätzlichen Einwände gegen das Protokoll der letzten Sitzung. Geringfügige Änderungen werden bis zur nächste Sitzung eingearbeitet.

2. Bericht Bundesbehindertenbeirat, 14. Dezember 2009

Die Vorsitzende berichtet kurz von der Sitzung. In diesem Zusammenhang erwähnt sie auch einen Termin mit dem neuen Behindertenanwalt des Bundes.

3. Bericht BM.J UnterbringungsG, 16. Dezember 2009

Der Entwurf soll überarbeitet und noch im Jänner dem Ministerrat übermittelt werden. Fristüberwachung: Frau Weissenberg.

4. Einzelfälle

a. KostenzuschussVO Steiermark, Antwort der LReg

Frist für die Begutachtung ist der 18.01.10. Die Vorsitzende wird noch einmal Kontakt mit Herrn Mag. Suppan aufnehmen.

b. Fall 8 iS ChancengleichheitsG

Wiewohl die Angelegenheit Landessache ist, ist kein oberösterreichisches Organ errichtet, sodass der Monitoringausschuss eine Zuständigkeit erkennt. Die Vorsitzende wird ein Schreiben an die oö LR über einen aus Art. 19 CRPD abzuleitenden bundesweiten Handlungsbedarf auf allen Ebenen vorbereiten.

c. Fall 9 iS persönliche Assistenz

Die Vorsitzende wird ein Schreiben in Sachen persönliche Assistenz für Menschen mit Lernbehinderungen an die Wiener LR vorbereiten.

d. Fall 10

Ein Einbringen per E-Mail wird als Fall 10 gewertet.

5. Stellungnahmen

a. Beschäftigungstherapie

Der vorliegende Entwurf wird bearbeitet (Ergebnissicherung Vorsitzende) und zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal diskutiert werden.

b. EinschätzungsVO

Frist der Begutachtung ist der 22.01.2010 (Anmerkung: nach der Sitzung auf 05.02.10 erstreckt). Eine Stellungnahme wird vorbereitet (Federführung Vorsitzende), das Büro wird einen Übermittlungsakt vorbereiten.

Inhaltlich zu erwähnen sind die Verhaftetheit im medizinischen Modell (Terminologie der International Classification of Diseases, nicht der International Classification of Functioning, Disability and Health) sowie die Rolle der Sachverständigen im Verfahren.

c. Bildung

d. Armut

Diese beiden Punkte werden vertagt.

e. Andere

Zur Anfrage der Kärntner Lebenshilfe, ob die UN-Konvention auch für die Länder verbindlich sei, wird die Vorsitzende eine Stellungnahme entwerfen.

Die Modalitäten der Übermittlung der Stellungnahme zum Kinderrechtebericht sind noch zu klären.

6. Arbeitsplan

Im Zusammenhang mit dem Arbeitsplan wird diskutiert, inwiefern sich die Arbeit des Ausschuss auf die individuelle Rechtsdurchsetzung auswirkt.

Wichtig erscheinen insbesondere Bildung, Persönliche Assistenz, Armut. Zur Bildung soll es Vernetzung mit ExpertInnen der Lebenshilfe Wien geben.

Dem Bericht iS Art. 35 komme große Bedeutung zu, ein früher Termin wäre anzustreben.

Zu diskutieren seien Dokumentation und Statistiken der Arbeit des Ausschusses.

Diskutiert wird, inwieweit eine Stellungnahme in Sachen Contergan-Entschädigung erfolgen soll (BMG: Frist 31.12.09 verstrichen).

7. Website

Urgenz durch die Vorsitzende bei der APA erfolgte. Das Büro berichtet, dass das Zusatzmodul noch im Stadium der Auftragsvergabe sei.

8. Änderung der Geschäftsordnung: Widerspruchsmöglichkeit

vertagt

9. Vorbereitung Termin Montag, 18. Jänner 09.30 iS Privat- und Familienleben

Da die Expertin erkrankt ist, wird die Sitzung abgesagt.

10. Termine für nächste Sitzungen

Die nächste Sitzung findet am **15.02.10** ab 13:00 bis ca. 16:00 Uhr in den Räumlichkeiten der **ÖAR** statt.

Die nächste öffentliche Sitzung soll am 21., 14. oder 28. April 2010 entweder im Saal II des BMASK oder in den Räumlichkeiten des Parlaments stattfinden.

Inhaltlicher Schwerpunkt soll Bildung sein. Ein entsprechender Entwurf einer Stellungnahme sollte spätestens zwei Wochen vor der Sitzung auf der Website sein.

11. Allfälliges

Zur Novelle BAG wird eine Stellungnahme im Sinne Einbeziehung der Zivilgesellschaft entworfen (Vorsitzende). Das Büro wird an den gleichen Verteiler wie Budgetbegleitgesetz übermitteln.

Marianne Schulze
(Vorsitzende)

Silvia Weissenberg
(Schriftführerin)